

Kurzfassung

Internationale Migrationstrends:

SOPEMI-Bericht 2003

Overview

Trends in International Migration: SOPEMI - 2003 Edition

German translation

Die Kurzfassungen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen. Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich

www.oecd.org/bookshop

Diese Kurzfassung ist keine amtliche OECD-Übersetzung.



ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

Der Jahresbericht *Trends in International Migration* analysiert die jüngsten Trends der Migrationsströme und Migrationspolitik. Diese 28. Ausgabe umfasst vier Teile und einen statistischen Anhang mit wichtigen migrationsrelevanten Themen und Informationen über die 29 OECD-Staaten und ausgewählte Nichtmitgliedstaaten (Baltische Staaten, Bulgarien und Rumänien).

Teil 1 der Ausgabe 2003 der *Trends in International Migration* gliedert sich in drei Abschnitte zur Beschreibung der bedeutendsten Fakten der Jahre 2001-2002. Der erste Abschnitt befasst sich mit den Migrationsströmen und den Ausländeranteilen in den OECD-Mitgliedsländern (I.A), der zweite mit dem Status der Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt (I.B) und der dritte gibt einen Überblick über die jeweilige Migrationspolitik der einzelnen Länder (I.C).

Trotz Konjunkturverschlechterung in einigen OECD-Ländern hielt die seit Mitte der 90er Jahre beobachtete Zunahme der internationalen Migration 2001 weiter an. Die noch unvollständigen Daten für 2002 zeigen ein leichtes Abklingen, das jedoch keine signifikante Trendwende erkennen lässt. Die Arbeitsmigration, ob temporär oder permanent, ist in mehreren OECD-Ländern signifikant gestiegen, zum Teil durch die Migration von Fachkräften im Informations- und Kommunikationssektor, aber auch im Gesundheits- und Bildungssektor. Familienzusammenführungen bilden jedoch in etlichen OECD-Staaten nach wie vor den Hauptanteil der Zuwanderungen. Die jüngsten Daten für 2002 belegen, dass nach mehreren Jahren hoher Zuwachsraten der Zustrom von Asylbewerbern ein langsames Wachstum verzeichnet.

Die Immigration spielt in mehreren europäischen OECD-Staaten eine demografisch bedeutende Rolle (insbesondere in Italien und Spanien) bzw. sorgt sogar für Ausgleich bei einer andernfalls rückläufigen Bevölkerung (z. B. in Deutschland). Die steigende Zahl der Einbürgerungen bzw. Maßnahmen zur Erleichterung des Erwerbs der Staatsbürgerschaft erklären den Anstieg der Zuwanderer, die sich mit ihren Familien permanent im jeweiligen Gastland niederlassen. Das zeigt sich auch bei Volkszählungen in Einwanderungsländern wie Australien, Kanada, den Vereinigten Staaten und Neuseeland im wachsenden Anteil der im Ausland Geborenen an der Gesamtbevölkerung.

Die jüngsten Trends spiegeln auch das in mehreren OECD-Ländern neu erwachte Interesse wider, neue Migrationsarbeiter ins Land zu holen, was zum Teil auf die alternde Bevölkerung und anhaltende Arbeitsmarktungleichgewichte zurückzuführen ist. Obwohl der Kontrolle der Migrationsströme weiterhin hohe Priorität zukommt, bemühen sich einige OECD-Länder darum, qualifizierte und hochqualifizierte ausländische Fachkräfte zu gewinnen und erleichtern ausländischen Studenten nach Abschluss ihres Studiums den Zugang zum Arbeitsmarkt. Um den neuen Arbeitsmarkterfordernissen zu entsprechen, wurde die Arbeitsmigration zum Teil gesetzlich neu geregelt. Einige Länder werben auch geringer qualifizierte Arbeitnehmer, insbesondere in der Landwirtschaft (Vereinigte Staaten, Australien, Spanien und Griechenland), im Baugewerbe, in der Altenpflege und sonstigen Pflegeberufen und als Haushaltshilfen (Italien, Portugal, Großbritannien). Diese Trends lassen sich am zunehmenden Anteil der temporären Arbeitsmigration im Verhältnis zur Gesamtmigration ablesen (wobei "temporäre Migration" sich aus befristeten Arbeitsgenehmigungen, Saisonarbeit, befristeten Verträgen in multinationalen Unternehmen, Praktika und Ferienjobs zusammensetzt).

2002 entfiel in mehreren OECD-Ländern ein bedeutender Anteil der Arbeitskräfte auf Ausländer und Zuwanderer; in den Einwanderungsländern (Australien, Kanada, Neuseeland und USA) waren es 15 - 20%. Auch auf mehreren europäischen Arbeitsmärkten ist der Ausländeranteil sehr hoch, wie in Luxemburg (43,2%), in der Schweiz (21,8%) und in geringerem Ausmaß in Österreich (9,9%), Deutschland (8,9%), Belgien (8,2%) und Frankreich (6,2%).

2002 waren die Erwerbsquoten in den meisten OECD-Ländern bei Ausländern und Zuwanderern niedriger als bei Inländern. Bei Frauen ist das Gefälle generell noch größer. Desgleichen waren 2002 ausländische und zugewanderte Arbeitskräfte stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen als Inländer. Mit Ausnahme von Kanada, den Vereinigten Staaten und Irland gilt das sowohl für Männer als auch für Frauen. Generell ist jedoch die Frauenarbeitslosigkeit beträchtlich höher als bei Männern. Die Arbeitslosigkeit ausländischer Frauen betrug 21% in Frankreich, 17,8% in Belgien und 17% in Spanien.

In Bezug auf die sektorale Gliederung der Beschäftigten sind Ausländer im Allgemeinen überdurchschnittlich stark im Bau-, Hotel- und Gastgewerbe sowie im Haushalt vertreten; das heißt ihr Anteil in diesen Bereichen ist höher als ihr Anteil an der Erwerbsbevölkerung insgesamt. Allerdings ist diese sektorale Verteilung von Land zu Land verschieden. Mehr als 8,5% der Ausländer arbeiten in Spanien in der Landwirtschaft, 24,5% in Österreich im Bergbau, in der verarbeitenden Industrie und im Energiesektor, 30% in Portugal im Bausektor, 20% in den Vereinigten Staaten im Groß- und Einzelhandel, knapp 16,5% in Spanien im Hotel- und Gastgewerbe, 11% in Finnland im Bildungssektor, 21% in Norwegen im Gesundheitssektor sowie in Pflege- und Hilfsberufen und 17% in Griechenland im Haushalt.

Bei Analyse der Veränderungen in der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in den letzten zehn Jahren kann festgestellt werden, dass trotz einer Verbesserung der Beschäftigungssituation von Ausländern in der letzten Wachstumsphase sie weiterhin sehr zyklusanfällig und bestimmte Subkategorien ganz besonders anfällig sind (vor allem Frauen sowie jugendliche und ältere Erwerbstätige). Eine allgemeine Verbesserung der Beschäftigungslage ist folglich nicht ausreichend, um Ausländern eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt zu garantieren.

Der Bericht listet auch die jüngsten Veränderungen in der Migrationspolitik der OECD-Staaten auf. Generelle Trends sind die Verstärkung der Kontrollen sowohl an der Grenze als auch im Landesinneren, zum Teil aus Sicherheitsgründen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten, aber auch um gegen illegale Einwanderung sowie kriminelle Vereinigungen auf dem Gebiet des Menschenhandels und der Ausbeutung vorzugehen. Mehrere OECD-Staaten haben neue Einreise-, Aufenthalts- und Ausländerbeschäftigungsgesetze verabschiedet (darunter Dänemark, Deutschland, Portugal und Griechenland). Andere haben ihre Maßnahmen zur schnelleren Bearbeitung von Asylanträgen verstärkt (Schweiz) bzw. die Zulässigkeitskriterien eingeschränkt (wie Großbritannien und die Niederlande).

Zu den Prioritäten der meisten OECD-Länder zählen die Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt und Maßnahmen zur Unterstützung von Neuankömmlingen. In diesem Sinne wurden verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkompetenz und zur beruflichen Qualifikation der Immigranten sowie zur Bekämpfung von Diskriminierungen verstärkt. Mehrere Länder haben auch den Erwerb der Staatsbürgerschaft gesetzlich neu geregelt. Dabei wurden zum Beispiel die Antragsverfahren vereinfacht (wie in Luxemburg) oder von den Antragstellern auf Einbürgerung mehr Kenntnisse hinsichtlich Landessprache und Landeskunde gefordert (vornehmlich in den Niederlanden, Österreich und Dänemark).

In der Europäischen Union zielen mehrere Richtlinien auf die Harmonisierung der Migrationspolitik in den Mitgliedstaaten ab. Dadurch soll ein einheitlicher Rechtsrahmen im Hinblick auf Drittstaatsangehörige geschaffen werden, der umso mehr Bedeutung hat, als er sich ab 2004 aufgrund des Prinzips des *acquis communautaire* (des gemeinschaftlichen Besitzstandes) auch auf die zehn neuen Mitgliedstaaten erstrecken wird. Internationale Zusammenarbeit in Außenangelegenheiten der Europäischen Union ist Teil eines umfassenden Plans zur Harmonisierung der Visumpolitik, zur

Verstärkung des Informationsaustausches zwischen den Grenzkontrollbehörden und zur stärkeren Einbeziehung von Entwicklungsländern.

Die Ausgabe 2003 des Jahresberichts über die *Trends in International Migration* umfasst zwei Sonderkapitel, die sich mit speziellen Themen der jüngsten Migrationstrends befassen. Das erste Thema sind die regionalen Aspekte der internationalen Migration, das zweite befasst sich mit der internationalen Mobilität in Gesundheitsberufen an Hand des Beispiels Südafrikas.

In mehreren OECD-Ländern interessiert man sich erneut für die regionalen Aspekte der internationalen Migration, u. a. deshalb, weil in Sachen Migrationspolitik die Regionen ein zunehmendes Gewicht haben, weil sichergestellt werden soll, dass nicht nur Ballungsräume von der internationalen Migration profitieren und auch weil Bedenken über die potenziellen Auswirkungen einer Konzentration von Ausländern bzw. Zuwanderern in großen Städten in Bezug auf ihre Integration in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft laut wurden.

Dieses Kapitel beabsichtigt nicht, auf alle regionalen Aspekte der Migration einzugehen, sondern behandelt vor allem die Frage, wo die Zuwanderer leben. Unterschiede in der geografischen Verteilung der Zuwanderer werfen Fragen über die Faktoren auf, die die Wohnortentscheidung bei Ankunft im Gastland beeinflussen. Innerhalb der Grenzen der verfügbaren Daten nennt die Studie folgende Einflussgrößen für die Wohnortwahl: (i) Attraktivität des Zielorts bezogen auf die Merkmale der Region (Qualität des Dienstleistungsangebots, Vorhandensein von Annehmlichkeiten) und der wirtschaftlichen Chancen, die sie bietet, (ii) Präsenz von Angehörigen bzw. Mitgliedern der selben Volksgemeinschaft und (iii) Hängenbleiben am Ankunftsort und geografische Nähe des Gastlandes zum Ursprungsland. Von Bedeutung sind auch personenspezifische Merkmale (Herkunftsland, Grund der Einreise, Alter zum Zeitpunkt der Migration, Dauer des Aufenthalts) sowie die Charakteristika der Zielregion.

Im Rahmen dieses Sonderkapitels erfolgt die Beschreibung der regionalen Migrationspolitik in Australien und Kanada, mit der sichergestellt werden soll, dass alle Regionen von der internationalen Migration profitieren. Besonders herausgestellt wurden die Beziehungen zwischen der regionalen Entwicklungspolitik und der Migrationspolitik. Desgleichen unterstreicht die Studie die Wechselwirkung zwischen lokaler Wirtschaftsentwicklung und den regionalen Aspekten der Zuwanderung von Ausländern und schließt mit dem Fazit, dass die Einwanderungspolitik allein zwar nicht in der Lage ist, regionale Unterschiede zu beseitigen, sie jedoch nutzbringend in regionale Entwicklungsprogramme integriert werden kann.

Das zweite Sonderkapitel befasst sich ausgehend vom Beispiel Südafrikas mit den Auswirkungen der internationalen Mobilität in den Gesundheitsberufen und versucht, Maßnahmen zu umreißen, die dazu beitragen, die möglichen negativen Auswirkungen im Herkunftsland zu reduzieren und die Vorteile dieser Mobilität gerechter zu verteilen. Wie das Kapitel aufzeigt, handelt es sich im Fall der südafrikanischen Heil- und Pflegeberufe um eine echte Gefahr.

Die internationale Mobilität hochqualifizierter Kräfte verzeichnete in den 90er Jahren einen erheblichen Anstieg. Am deutlichsten war er in den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu spüren, aber auch in den Gesundheitsberufen hat die Mobilität zugenommen. Insbesondere in Südafrika, wo sich der Migrationssaldo in den letzten fünfzehn Jahren ständig verschlechtert hat, ist die internationale Mobilität im Gesundheitssektor zu einem bedeutenden Problem geworden.

Die ausschlaggebenden Faktoren für die internationale Mobilität in den Gesundheitsberufen sind im großen und ganzen dieselben wie allgemein bei hochqualifizierten Kräften; es handelt sich um eine

Kombination von Push- und Pull-Faktoren. Einige Aspekte, die im Bericht erwähnt werden, treffen jedoch verstärkt auf den Gesundheitssektor zu, wie die relative Höhe der Vergütung und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Herkunftsland.

Die Studie zeigt, dass in den Entwicklungsländern die Abwanderung, auch wenn sie sich erschwerend auswirkt, nicht immer die Hauptursache der Probleme im Gesundheitssektor ist. Das bedeutet, dass bei der Förderung und Verbesserung der Humanressourcenplanung der staatlichen Gesundheits- und sonstigen Politik eine Schlüsselrolle zukommt. Südafrika hat vor kurzem eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um inländische Kräfte zu halten und den Zuzug ausländischer Fachkräfte zu erleichtern. Der Bericht betrachtet die wichtigsten Reformen im Gesundheitssektor: i) Einführung der Zivildienstpflicht, ii) Schulung, iii) verbesserte Arbeitsbedingungen, einschließlich einer besseren Bezahlung, und iv) verstärkte internationale Kooperation mit den Hauptzielländern der südafrikanischen Kräfte in den Heil- und Pflegeberufen.

Am Beispiel Südafrikas und mit Verweis auf mehrere andere Länder wird aufgezeigt, wie wichtig es auf nationaler Ebene in den Ursprungsländern und auf internationaler Ebene ist, die Migrations- und Entwicklungshilfepolitik abzustimmen, um sicherzustellen, dass beide Seiten fair und nachhaltig von der internationalen Mobilität in den Gesundheitsberufen profitieren.

Der letzte Teil des Reports 2003 über *Trends in International Migration* enthält eine detaillierte Beschreibung der jüngsten Entwicklungen in Bezug auf Migrationsströme und Migrationspolitiken in den 29 OECD-Mitgliedstaaten sowie ausgewählten Nichtmitgliedstaaten (Baltische Staaten, Bulgarien und Rumänien). In diesem auf Landesstatistiken beruhenden Teil werden die Ab- und Zuwanderung sowie Veränderungen in den Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen aufgezeigt. Ebenfalls aufgeführt sind der Anteil der ausländischen oder im Ausland geborenen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung sowie das relative Gewicht bestimmter Nationalitäten, Alter, Geschlecht und Einreisewege, falls relevant. Falls zutreffend, ist auch die Einbürgerungsquote angegeben.

Länderangaben beziehen sich auf neue rechtliche Bestimmungen und Maßnahmen im Rahmen der Wanderungspolitik, die u. a. den Zuzug, den Aufenthalt und die Integration von Ausländern betreffen können. Darüber hinaus werden das Asylrecht, die Rechte von Flüchtlingen, die Einbürgerung und Fragen der illegalen Einwanderung angesprochen.

Die sich in den Wanderungsstatistiken widerspiegelnde Vielfalt der Migrationspolitik und rechtlichen Bestimmungen erschwert die Vergleichbarkeit der Daten. Daher wurden im statistischen Anhang am Ende des Berichts die zur Erstellung der Wanderungsstatistiken herangezogenen Quellen und Methoden beschrieben, um die Datenvergleichbarkeit zu verbessern. Die Tabellen im Anhang sind in zwei Abschnitte gegliedert und gehen zunächst auf die Gesamtzahlen und die Veränderungen der Zu- und Abwanderung sowie auf amtliche Angaben über die Zahl der Asylbewerber und Einbürgerungen ein, bevor sie diese Daten nach Herkunftsland aufschlüsseln.

**Die vorliegende Kurzfassung enthält die Übersetzung von Auszügen aus:
Trends in International Migration: SOPEMI - 2003 Edition
Tendances des migrations internationales : SOPEMI - Edition 2003
© OECD, 2003**

OECD-Publikationen und -Kurzfassungen (Overviews) sind verfügbar unter:

www.oecd.org/bookshop/

Geben Sie im Online-Buchladen im „Title Search“-Suchfeld „Overview“ oder den englischen Titel der Veröffentlichung ein (es besteht systematisch ein Link zwischen den Kurzfassungen und der englischen Originalfassung).

Die Kurzfassungen werden von der Abteilung Rechte und Übersetzungen,
Direktion Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, ausgearbeitet.

E-Mail: rights@oecd.org / Fax: +33 1 45 24 13 91



© OECD, 2003

Die Wiedergabe dieser Kurzfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD
sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.